

INNERE SICHERHEIT

Der Senat muss jetzt handeln! Gewalt gegen Einsatzkräfte weist auf gesellschaftliche Probleme hin.

In Hamburg sind Einsatzkräfte weiterhin in erheblichem Umfang Gewalt ausgesetzt. Mehr als 3.000 Polizistinnen und Polizisten wurden innerhalb eines Jahres beleidigt, bedroht oder tätlich angegriffen – im Schnitt mehr als acht Angriffe pro Tag.

GdP Hamburg

Die Zahlen sind eindeutig!

Das geht aus dem aktuellen Bundeslagebild des Bundeskriminalamts hervor. Zwar ist die Zahl der registrierten Fälle gegenüber 2023 um rund zehn Prozent zurückgegangen, im bundesweiten Vergleich bleibt Hamburg jedoch eine der am stärksten betroffene Städte – nur in Berlin kommt es bezogen auf die Einwohnerzahl zu noch mehr Attacken auf Einsatzkräfte.

„Beleidigungen, Bedrohungen und körperliche Angriffe gehören für viele Einsatzkräfte längst zum Alltag. Besonders besorgniserregend ist, dass ein Teil der Täter staatliche Autorität und gesellschaftliche Regeln offen ablehnt“, erklärt der stellvertretende Landesvorsitzende Lars Osburg. Gewalt gegen Einsatzkräfte sei häufig Ausdruck gescheiterter Prävention und mangelnder früher Intervention.

**Schwierige
gesellschaftspolitische
Entwicklungen**

Die Gewerkschaft der Polizei warnt daher vor einem weiteren Vertrauensverlust in den Rechts-

staat. „Einsatzkräfte werden gezielt provoziert und angegriffen. Das ist kein Randphänomen, sondern Ausdruck eines zunehmenden Respektverlustes gegenüber Staat und Institutionen“, so Osburg. Polizei könne diese Entwicklung nicht allein auffangen. Auch Jugendhilfe, Schulen, Ordnungsbehörden

und soziale Dienste stünden in der Verantwortung, frühzeitig einzugreifen und bekannte Problemgruppen nicht sich selbst zu überlassen.

Gemeinsam das Problem angehen

Gewalt gegen Einsatzkräfte weist auf gesellschaftliche Probleme hin.

Der Senat muss jetzt handeln! Wir erwarten wir mehr Personal, bessere Ausstattung, konsequentes Einschreiten sowie deutlich stärkere Investitionen in Präventions- und Sozialarbeit.

„Sicherheit gibt es nicht zum Nulltarif. Wer Einsatzkräfte wirksam schützen will, muss handeln und investieren – ressortübergreifend und dauerhaft.“

LARS OSBURG

stellv. Landesvorsitzender der GdP Hamburg



Aus Sicht der GdP braucht es ein behördenübergreifendes, konsequentes Vorgehen, das Prävention, Intervention und Repression sinnvoll miteinander verbindet. Wegsehen oder Zuständigkeitsdebatten führten dazu, dass Konflikte eskalieren und schließlich auf der Straße von Einsatzkräften ausgetragen werden.

Die GdP fordert vom Senat daher klare Konsequenzen: mehr Personal, bessere Ausstattung, konsequentes Einschreiten der Behörden sowie deutlich stärkere Investitionen in Präventions- und Sozialarbeit.

„Sicherheit gibt es nicht zum Nulltarif. Wer Einsatzkräfte wirksam schützen will, muss handeln und investieren – ressortübergreifend und dauerhaft“, betont Osburg abschließend. ■



”

Besonders gefährlich sind Strukturen des sogenannten Crime-as-a-Service: Hier werden Straftaten arbeitsteilig organisiert und gezielt sogenannte Wegwerfkriminelle eingesetzt, die schnell ersetzbar sind und hohe Gewaltbereitschaft mitbringen.“

INNERE SICHERHEIT

Positive Entwicklung: Rückgang bei Gewaltkriminalität

Der Rückgang der Gewaltkriminalität ist kein Selbstläufer, sondern Ergebnis von Professionalität, Präsenz und konsequentem Einschreiten.

GdP Hamburg

Der hohe Einsatz zahlt sich aus!

Lars Osburg, stellvertretender Landesvorsitzender, betont: „Die positive Entwicklung bei der Gewaltkriminalität ist kein Zufall, sondern das Ergebnis der täglichen, oft belastenden Arbeit unserer Kolleginnen und Kollegen auf der Straße. Mit hoher Präsenz, konsequenten Kontrollen und frühzeitigem Einschreiten verhindern sie Tatgelegenheiten und nehmen Waffen aus dem Verkehr. Diese Entwicklung ist jedoch kein Grund, sich zurückzuziehen. Gerade dort, wo es in der Vergangenheit zu Delikten kam, müssen Kontrollen fortgeführt und verstärkt werden – auch im urbanen Gaststättenbereich.“

Danke für euren Einsatz!

„Die Polizei muss dabei die klare Führungsrolle übernehmen und gemeinsam mit Bezirksäm-

Kriminalität in Hamburg: Weniger Gewalttaten – großer Einsatz der Polizei!

Wir, die GdP Hamburg, loben die tägliche Arbeit der Einsatzkräfte und betonen: Der Rückgang der Gewaltkriminalität ist kein Selbstläufer, sondern Ergebnis von Professionalität, Präsenz und konsequentem Einschreiten.



tern, Ordnungsdiensten, Zoll und weiteren Fachbehörden abgestimmt und konsequent vorgehen.“ Lars Osburg weiter. „Besonders gefährlich sind Strukturen des sogenannten Crime-as-a-Service: Hier werden Straftaten arbeitsteilig organisiert und gezielt sogenannte Wegwerfkriminelle eingesetzt, die schnell ersetzbar sind und hohe Gewaltbereitschaft mitbringen. Diese Entwicklung stellt eine erhebliche Gefahr für die Sicherheit in Hamburg dar und erfordert eine dauerhaft starke, präzise und handlungsfähige Polizei. Für ihren Einsatz verdienen die Kolleginnen und Kollegen unseren ausdrücklichen Dank, unsere Anerkennung und den klaren politischen Rückhalt.“

Die Kolleginnen und Kollegen auf der Straße leisten tagtäglich einen entscheidenden Beitrag zur Sicherheit in Hamburg – mit Haltung, Professionalität und Bereitschaft, jederzeit einzuschreiten. ■

DP – Deutsche Polizei
Hamburg

ISSN 0170-6438

Geschäftsstelle
Hindenburgstraße 49, 22297 Hamburg
Telefon (040) 280896-0
Telefax (040) 280896-18
gdp-hamburg@gdp.de
www.gdp-hamburg.de
Adress- und Mitgliederverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

Öffnungszeiten der Geschäftsstelle
Montag bis Donnerstag
8.00 bis 16.00 Uhr
Freitag
8.00 bis 14.00 Uhr

Redaktion
Jörn Clasen (V.i.S.d.P.)
Hindenburgstraße 49, 22297 Hamburg
joern.clasen@gdp.de



Man kann nicht Homeoffice bewerben und gleichzeitig Menschen aus Sicherheitsgründen von der Straße holen und dann eine IT bereitstellen, die zusammenbricht, sobald sie gebraucht wird.“



EINSATZFÄHIGKEIT

Homeoffice darf nicht an Mängeln in der IT scheitern!

Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) Hamburg stellt klar: Wenn Homeoffice politisch gewollt und dienstlich beworben wird, dann muss es auch technisch funktionieren. In den vergangenen Tagen mussten wir feststellen: Der IT-Dienstleister Dataport ist derzeit nicht in der Lage, ausreichende Kapazitäten für die Vielzahl der Homeoffice-Zugriffe bereitzustellen.

GdP Hamburg

Technik, die nicht begeistert

Was passiert aktuell?

- VPN-Zugänge brechen ab.
- Verbindungen sind extrem langsam oder nicht nutzbar.
- Digitale Arbeit ist vielerorts nicht möglich.

Die Ursache ist eindeutig: Der zentrale VPN-Tunnel ist überlastet. Dataport teilt selbst mit: Eine kurzfristige technische Lösung gibt es nicht. Beschäftigte sollen es „einfach weiter versuchen“. Das ist inakzeptabel.

Die Folgen

Arbeitsausfälle, Frust bei den Beschäftigten, unnötige Rückkehr in gefährliche Wetterlagen, aber vor allem: die Blockade moderner Arbeitsformen.

Das muss besser werden!

Die GdP Hamburg fordert vom Senat: sofortige Investitionen in leistungsfähige VPN- und Serverstrukturen, belastbare Redundanzen für Krisen- und Wetterlagen. Wer Digitalisierung verspricht, muss auch liefern.

Klartext: Man kann nicht Homeoffice bewerben und gleichzeitig Menschen aus Sicherheitsgründen von der Straße holen und dann eine IT bereitstellen, die zusammenbricht, sobald sie gebraucht wird.

Das ist kein individuelles Problem – das ist ein strukturelles Versagen.

Die GdP steht an der Seite der Kolleginnen und Kollegen – und macht Druck, bis die Infrastruktur hält. ■





”

Ein wichtiger und seitens der GdP Hamburg seit Langem geforderter Schritt ist dabei die Entscheidung, eine gemeinsame und spartenübergreifende Ausbildung bzw. ein Studium anzubieten.“

DGB PERSONALREPORT ÖFFENTLICHER DIENST 2025

Nachwuchsgewinnung bei der Polizei

In den letzten zehn Jahren kletterten die Einstellungszahlen in allen Polizeibehörden nach oben. Aber auch die Arbeitsintensität hat sich deutlich verändert. Und wenn die Behörden der Bundes- wie Landespolizei auf dem letzten Loch pfeifen und in den Dienststellen nicht selten der Putz von der Wand bröselt, ist das keine gute Werbung für den Polizeiberuf. Wie steht es also um die Nachwuchsgewinnung? Der nachstehende Beitrag ist dem DGB Personalreport öffentlicher Dienst 2025 entnommen.

DGB Bundesvorstand

Abteilung öffentlicher Dienst und Beamtenpolitik

In den letzten zehn Jahren kletterten die Einstellungszahlen in allen Polizeibehörden nach oben. Aber auch die Arbeitsintensität hat sich deutlich verändert. Und wenn die Behörden der Bundes- wie Landespolizei auf dem letzten Loch pfeifen und in den Dienststellen nicht selten der Putz von der Wand bröselt, ist das keine gute Werbung für den Polizeiberuf. Wie steht es also um die Nachwuchsgewinnung?

Die Arbeit bei der Polizei hat verschiedene Facetten und sie ist herausfordernd. Die einen ermitteln unter Hochdruck, sind immer auf Abruf. Für die anderen bedeutet oft schon die normale Begleitung einer Versammlung, über einige Stunden die 20 Kilo schwere Ausrüstung zu tragen. Und oft gibt es weder Verpflegung noch Toilette. Natürlich, aufgewogen wird das durch eine sinnstiftende Tätigkeit für das Allgemeinwohl. Aber auch bei der Polizei gilt, dass die Stellenbesetzung schwieriger wird.

Beispiel Bundespolizei

Bei der Bundespolizei gibt es seit 2016 eine Einstellungsinitiative. Momentan beginnen pro Jahr rund 1.800 junge Menschen eine Ausbildung im mittleren Dienst und 450 das duale Studium für den gehobenen Dienst. Allerdings werde es immer schwie-

riger, diese Zahl zu erreichen. Momentan bleiben jährlich bis zu 300 Dienstposten unbesetzt, da es nicht genug geeignete Bewerber*innen gibt, erklärt Michael Beyfuß. Er ist bei der GdP im Bezirksvorstand Bundespolizei und dort für das Thema Ausbildung zuständig. In seiner Funktion fordert er zum Beispiel, die Aus- und Fortbildungszentren endlich flächendeckend mit WLAN auszustatten. Vieles laufe bei der Bundespolizei gut, etwa die professionelle Werbung für die Ausbildung. Auch die Ausstattung wurde verbessert. Und dennoch: Nicht wenige junge Polizist*innen gehen wieder. Bis zu 1.000 Anwärter*innen verlassen die Bundespolizei jährlich auf eigenen Antrag. „Du kommst zum Beispiel aus München und sollst dann nach Hamburg. Wenn der Arbeitsort zu weit vom Heimatort entfernt ist, führt das oft zu einer großen Unzufriedenheit. Es spricht sich einfach herum, dass der Polizeiberuf nicht in allen Belangen attraktiv ist“, so Beyfuß.

Und in Hamburg?

Hamburg hat wie alle anderen Landespolizeien und der Bundespolizei mit zurückgehenden Bewerberzahlen zu kämpfen. Sowohl die Konkurrenz untereinander als auch die deutlich zu steigende Attraktivität der Ausbildung bzw. des Studiums sowie der Chancen im weiteren beruflichen Umfeld müssen ausdrücklich und zügig verbessert werden. Ein wichtiger und seitens der GdP Hamburg seit Langem geforderter Schritt ist dabei die Entscheidung, eine gemeinsame und spartenübergreifende Ausbildung bzw. Studium anzubieten. Die spätere Qualifizierung und Spezialisierung sind dringend geboten.

tät der Ausbildung bzw. des Studiums sowie der Chancen im weiteren beruflichen Umfeld müssen ausdrücklich und zügig verbessert werden. Ein wichtiger und seitens der GdP Hamburg seit Langem geforderter Schritt ist dabei die Entscheidung, eine gemeinsame und spartenübergreifende Ausbildung bzw. Studium anzubieten. Die spätere Qualifizierung und Spezialisierung sind dringend geboten.

Quelle:

Wesentliche Teile dieses Artikels und die dazugehörige Grafik sind dem Personalreport 2025 des DGB entnommen. DGB Bundesvorstand, Abteilung öffentlicher Dienst und Beamtenpolitik, Keithstr. 1, 10787 Berlin, www.dgb.de/beamte, Stand November 2025 ■

Zur Website



www.dgb.de/beamte

ZAHLEN & FAKTEN

354.700 Beschäftigte

arbeiteten 2024 bei der Bundes- und Landespolizei in Deutschland, davon 33,7 % Frauen. Bei den 302.000 Beamt*innen lag der Frauenanteil bei 30,1 Prozent.

Quelle: GENESIS-Datenbank, Code: 74111-0010

Bei 24,8 %

lag im Jahr 2024 der **Frauenanteil** bei den 53.200 Beamt*innen der Bundespolizei. Bei den Landespolizei arbeiten insgesamt 248.800 Beamt*innen (davon 31,1 % Frauen).

Quelle: GENESIS-Datenbank, Code: 74111-0010

Rund 35 % der Bundespolizist*innen

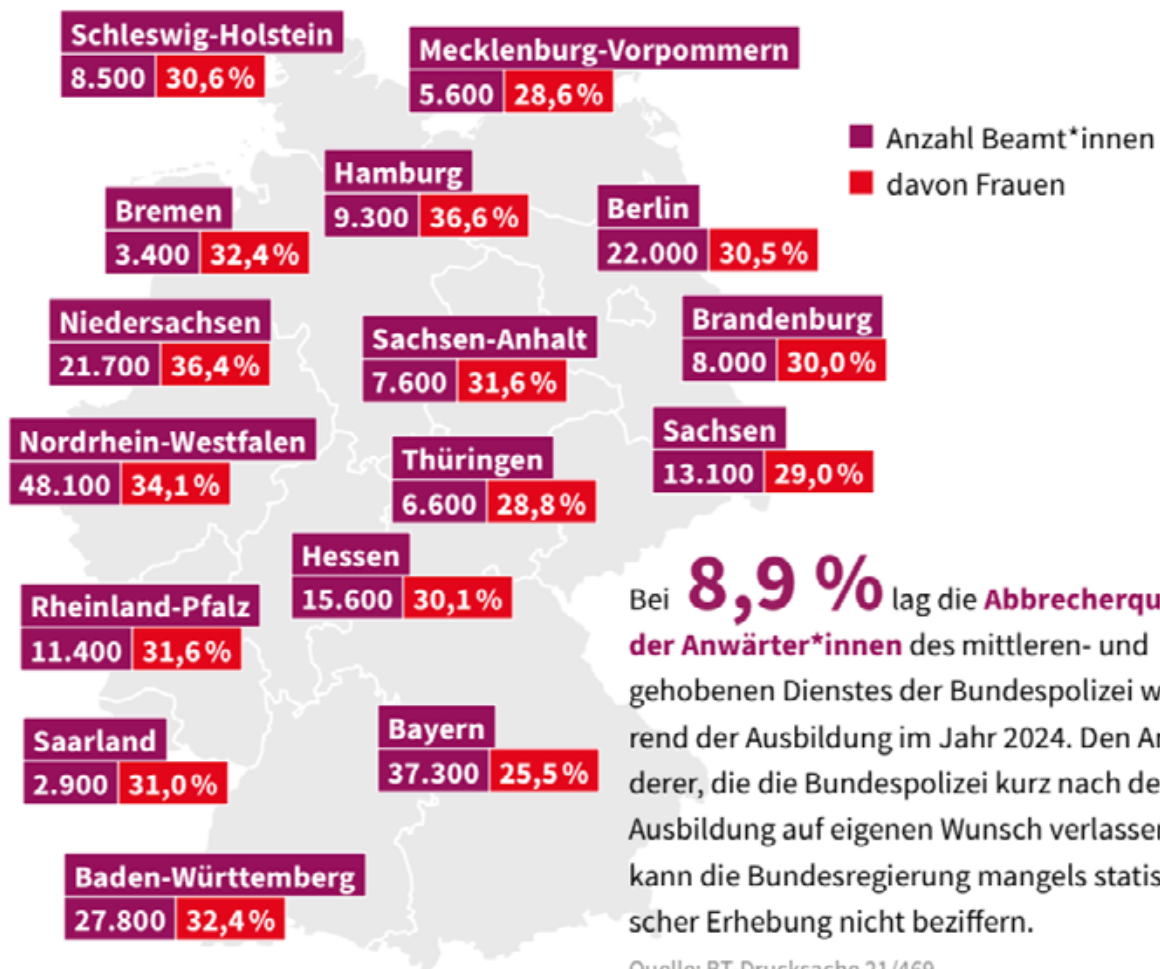
arbeiten momentan im **gehobenen Dienst**. Die Bundespolizei möchte den Wert auf 40 % anheben. Die GdP fordert deutlich mehr Aufstiegsmöglichkeiten für die Kolleg*innen im mittleren Dienst und strebt einen Anteil von 60 % für den gehobenen Dienst an.

Quelle: GdP

2,8 Mio. Überstunden

haben sich bei der Bundespolizei mittlerweile angehäuft, Stand Juli 2025.

Quelle: GdP



Bei 8,9 % lag die Abbrecherquote

der **Anwärter*innen** des mittleren- und gehobenen Dienstes der Bundespolizei während der Ausbildung im Jahr 2024. Den Anteil derer, die die Bundespolizei kurz nach der Ausbildung auf eigenen Wunsch verlassen, kann die Bundesregierung mangels statistischer Erhebung nicht beziffern.

Quelle: BT-Drucksache 21/469



BESOLDUNG UND VERSORGUNG

Unstimmigkeiten bei Januarbezügen

Kurz vor Jahresende bemerkten aktive und sich im Ruhestand befindliche Kolleginnen und Kollegen, dass sich ihr Nettogehalt und ihre Nettoversorgung im Januar zum Teil deutlich verringert hatte. Diese führte zu vielen Fragen, die wir als GdP Hamburg versuchten aufzuklären.

GdP Hamburg

Es ist ein Fehler beim ELStAM-Verfahren

Wir haben dazu kurzfristig zwischen den Jahren über den DGB Kontakt zur ZPD aufgenommen. Fazit: Dies sind Auswirkungen der neuen Regelung zur steuerlichen Berücksichtigung von Beiträgen zur privaten Kranken- und Pflegeversicherung ab 2026 und aktuelle Störung beim ELStAM-Verfahren.

Nach Auskunft der ZPD sieht „die Gesetzesänderung zum 1. Januar 2026 vor, dass statt der bisherigen Mindestvorsorgepauschale die tatsächlichen Versicherungsbeiträge für die Lohnsteuerberechnung heran-

gezogen werden. Die Daten werden über das ELStAM-Verfahren vom Bundeszentralamt für Steuern (BZSt) bereitgestellt.

Aufgrund einer technischen Störung beim BZSt konnten die ELStAM-Daten für die Januar-Abrechnung 2026 nicht rechtzeitig übermittelt werden. Dadurch erfolgt systemseitig ein erhöhter Steuerabzug im Januar, da die Pauschale noch nicht durch die tatsächlichen Werte ersetzt werden konnte.“

Kein dauerhafter Nachteil

Fazit: „Es besteht kein Risiko, dass zustehende Zahlungen entfallen. Sobald das

BZSt die fehlenden Daten bereitstellt, erfolgt durch das ZPD automatisch eine rückwirkende Korrektur der Lohnsteuer innerhalb des Jahres 2026.“

Kein Handlungsbedarf: Die Betroffenen müssen nicht auf den Lohnsteuerjahresausgleich oder die Einkommensteuererklärung warten, sofern sie der Datenübermittlung zugestimmt haben.

Für Beamtinnen und Beamte im aktiven Dienst gilt das gleiche Grundprinzip: Auch hier ist eine korrekte und zeitnahe Abbildung der tatsächlichen Beiträge vorgesehen. Die dezentralen Personalabteilungen wurden von uns noch vor Weihnachten umfassend informiert und mit Erklärungstexten versorgt. ■

AUS DEM SENIORENBEREICH

Wahlen im Februar 2026

In der Januarausgabe der DP hatten wir form- und zeitgerecht zu den Wahlen im Seniorenbereich im Februar 2026 eingeladen, in dieser Ausgabe erfolgt die Wiederholung der Einladung als Erinnerung oder – falls die Januarausgabe verpasst oder nicht gelesen wurde – als Appell zur Beteiligung. Näheres zu den Wahlen entnimmt bitte der Einladung.

Michael Rath

Am Wahltag werden wir Vorschläge für die Neuaufstellung des Seniorenvorstandes unterbreiten. Wir möchten Euch bitten, das Wahlrecht auszuüben, es ist für uns als Vorstand eine Bestätigung oder auch nicht. Jedenfalls wissen wir anschließend, ob wir Euren Erwartungen entsprechen. Noch eine

Steigerung wäre es, sich für den Vorstand zur Wahl zu stellen, Unterstützung und vielleicht eine Verjüngung sind immer gut.

Die nächste Mitgliederversammlung findet am Dienstag, den 10. Februar 2026 um 15 Uhr in der Kantine des Polizeipräsidiums. Ihr seid hiermit dazu eingeladen. Die Kanti-

ne hat, wie üblich, bis 15 Uhr geöffnet, zeitgerechtes Kommen sichert ggf. noch eine Tasse Kaffee oder Ähnliches. Bitte denkt auch an Euren Mitgliedereausweis für die Einlasskontrolle. Wir freuen uns auf den kommenden Termin und hoffen auch von Eurer Seite auf eine rege Teilnahme. ■

Gewerkschaft der Polizei, Landesbezirk Hamburg, Fachbereich Senioren

Otto-Wels-Str. 49, 22297 Hamburg, E-Mail: gdp-hamburg@gdp.de

FB-Senioren: Michael Rath, E-Mail: MichaelRath@gmx.tm

Einladung zur Mitgliederversammlung des Fachbereichs Senioren und Seniorinnen der GdP am 10.02.2026, 15:00 Uhr

**Polizeipräsidium Hamburg, Bruno-Georges-Platz 1, 22297 Hamburg,
Personalrestaurant**

Tagesordnungspunkte

TOP 1 Eröffnung, Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

TOP 2 Wahl der Verhandlungsleitung

TOP 3 Wahlen im Landesfachbereich Senioren

- Wahl eines/einer Vorsitzenden
- Wahl eines/einer stellvertretenden Vorsitzenden
- Wahl eines zweiten stellvertretenden Vorsitzenden
- Wahl eines Schriftführers/einer Schriftführerin
- Wahl eines stellvertretenden Schriftführers/einer Stellvertretenden
- Wahl von max. vier Beisitzern/Beisitzerinnen

TOP 4 Wahl der Delegierten/Ersatzdelegierten für den Landesdelegiertentag 2026

TOP 5 Wahl von Beiratsmitgliedern des Fachbereiches Senioren

TOP 6 Nominierungen für den Landesbezirkskontrollausschuss (LBKA)

- Nominierung eines Mitgliedes
- Nominierung eines Stellvertreters /einer Stellvertretenden

TOP 7 aktuelle Gewerkschaftsthemen

TOP 8 Verschiedenes

TOP 9 Schlusswort

Michael Rath

Vorsitzender FB-Senioren und Seniorinnen

